

Newsletter 03/2013

Festschreibung einer pauschalen Flächenstilllegungsverpflichtung im Wald als Gegenstand der aktuellen Koalitionsverhandlungen in Berlin

(gekürzte Fassung eines Informationsschreibens des Bayerischen Waldbesitzerverbandes)

Sehr geehrtes Mitglied der FBG Main-Spessart West e.V.,

bei den aktuellen Koalitionsverhandlungen in Berlin werden in unterschiedlichen Arbeitsgruppen viele Festlegungen für die politische Arbeit auf Bundesebene in den nächsten 4 Jahren im Detail getroffen.

Ein Thema dabei ist die Festschreibung einer pauschalen Stilllegung im Wald. Diese Stilllegungsverpflichtung soll zur Unterstützung der Nationalen Strategie der Biologischen Vielfalt dienen. Angedacht ist hierbei, die bisherige Stilllegungsquote als Maßnahme der Nationalen Biodiversitätsstrategie umzusetzen. Dies bedeutet eine 5%-ige pauschale Flächenstilllegung über die gesamten deutschen Waldflächen. Ob diese dann nur im Staatsforst oder auch in Kommunal- und Privatwald erfolgen soll, ist zumindest derzeit nicht geregelt. Der Klein- und Kleinstprivatwald soll mit geeigneten Mitteln in die Entwicklung einbezogen werden.

Diese Diskussion ist überhaupt nicht nachvollziehbar. Aufgrund der Erfahrungen mit Natura 2000 und FFH wissen wir, dass wir politischen Zusagen im Zweifelsfall nicht trauen können. Alleine die Tatsache, dass jetzt in den Koalitionsgesprächen über eine pauschale Flächenstilllegung diskutiert wird, zeigt uns, dass hier ein Zugriff auf unser Eigentum – in welcher konkreten Form auch immer – geplant ist.

Dies ist umso unverständlicher, als gerade zur Stärkung der Biodiversität Wirtschaftswald erforderlich ist. Es ist mittlerweile nachgewiesen, dass die Artenvielfalt in Wirtschaftswäldern deutlich höher sein kann als in reinen Urwäldern. Insoweit wird das verkündete Ziel mit der vorgesehenen Maßnahme der Flächenstilllegung an dieser Stelle überhaupt nicht erreicht werden können.

Aufgrund von Untersuchungen des Von-Thünen-Instituts kostet die Nichtverarbeitung von 100 bis 200 Festmeter Holz jeweils einen Arbeitsplatz.

Ausgehend von einem Mittelwert und einer sich bei einer 5%-igen Flächenstilllegung errechnenden Stilllegungsfläche von deutlich über 500.000 Hektar ist ein Verlust von 40.000 bis 50.000 Arbeitsplätzen deutschlandweit im ländlichen Raum ohne Aussicht auf Ersatz zu befürchten. Dies zu planen, in einer Zeit, in der durch Klimawandel und Energiewende der Waldumbau und die Waldnutzung eine wesentliche Rolle spielen, ist nicht verständlich.

Eine 5%-ige pauschale Flächenstilllegung im Privatwald würde bundesweit ca. 260.000 Hektar privates Waldeigentum aus jeder Nutzung nehmen. Dies wäre eine beispiellose Enteignung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die – wie oben dargestellt – noch nicht einmal das angestrebte Ziel erfüllen dürfte.

Wir, die Grundeigentümer, sind mit der Überlegung einer solchen pauschalen Flächenstilllegung nicht einverstanden. Schließlich erscheint es sinnvoll, z.B. im persönlichen Gespräch mit Abgeordneten auf die durch die jetzige Diskussion schon ausgelöste massive Verunsicherung hinsichtlich des Eigentumsschutzes hinzuweisen, da es zu einem breiten staatlichen Zugriff auf unser Eigentum käme.

Der Versuch, jetzt bei 2 Millionen Waldeigentümern deutschlandweit 5 % der Fläche Wildnis werden zu lassen und damit de facto zu enteignen, könnte ein erster Schritt auf diesem Weg sein. Dies gilt es unbedingt zu verhindern. Deshalb bitten wir Sie um Ihre tatkräftige Unterstützung.

Am 22. und 23. November findet in München der Parteitag der CSU statt. Für Freitag den 22. November 2013 haben der Bayerische Waldbesitzerverband und andere Eigentümerverbände eine Demonstration angemeldet. Diese Demonstration ist auch eine Möglichkeit die eigene ablehnende Haltung gegenüber solchen Bestrebungen zum Ausdruck zu bringen.